

I. PLANLICHE FESTSETZUNGEN

Die Nummerierung erfolgt gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichenvordnung (PlanZV)

Erläuterung zur Nutzungsschablone

1	1. Art der baulichen Nutzung / Zweckbestimmung
2	2. Maximal zulässige Grundflächenzahl (GRZ)
3	3. Max. zulässige Gesamthöhe baulicher Anlagen

**1. Art der baulichen Nutzung**  
(§ 9 Absatz 1 Nr. 1 BauGB - §§ 1 bis 11 BauNVO)

1.4 Sonderbauflächen nach § 1 Absatz 1 Nr. 4 BauNVO

1.4.2 Sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO

Zweckbestimmung: Photovoltaik-Freiflächenanlage zur Stromerzeugung

Zulässig sind:

- Anlagen und Nutzungen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie, namentlich Photovoltaik-Freiflächenanlagen, einschl. Unterkonstruktionen,
- Trafostationen
- Batteriespeicher bis zu einer Bauhöhe von max. 3,00 m
- Einfriedigungen

**2. Maß der baulichen Nutzung**  
(§ 9 Absatz 1 Nr. 2 BauGB - § 16 BauNVO)

2.5 Grundflächenzahl

Die maximal zulässige Grundflächenzahl (GRZ) beträgt **0,60**.  
Für die Berechnung der Grundflächenzahl sind die durch die Tisch-Reihenanlagen überbauten Flächen (horizontale Projektionsfläche) der Photovoltaikanlage sowie die Grundflächen der Trafostationen und der Batteriespeicher heranzuziehen.  
Die max. zulässige Grundfläche der Batteriespeicher beträgt insgesamt 300 m².

2.8 Höhe baulicher Anlagen

Die maximal zulässige Gesamthöhe baulicher Anlagen beträgt 3,50 m bezogen auf das Ugelände.

Der Abstand zwischen den Modulreihen muss mindestens 3,0 m betragen (nicht überbauter, besonnener Wiesenstein zwischen Hinterkante Modultisch und Vorderkante des nachfolgenden Modultisches, senkrechte Projektion)

Der Abstand zwischen der Unterkante der Modultische und dem Ugelände muss mindestens 80 cm betragen (vgl. Schnitt Tischanlage M 1: 75)

**3. Bauweise**  
(§ 9 Absatz 1 Nr. 2 BauGB - §§ 22 und 23 BauNVO)

3.5.1 Baugrenze gem. § 23 Abs. 3 BauNVO.

Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind außerhalb der Baugrenzen nicht zulässig. Ausgenommen davon werden Einfriedigungen zur Sicherung der Anlage.

**13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

13.2.1 Maßnahmen zur Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft, soweit solche Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB)

Die Flächen außerhalb des Sicherheitszaunes sind als mäßig extensiv genutztes, artenreiches Grünland (FFH-Lebensraumtyp 5510) zu entwickeln.

13.2.2 Pflanzgebot für Sträucher gemäß textlicher Festsetzung Nr. 0.2.1

Entlang der durch Planzeichen festgesetzten Außengrenzen ist eine durchgehende zweireihige Hecke mit Arten der Liste 1 zu pflanzen. Pflanzabstand der Sträucher untereinander 1,50 m. Der Reihenabstand beträgt 1,0 m.

Nicht durch Pflanzgebote für Sträucher beanspruchte Flächen außerhalb des Sicherheitszaunes sind als mäßig extensiv genutztes, artenreiches Grünland (FFH-Lebensraumtyp 5510) zu entwickeln.  
Die Flächen sind mit autochthonem Saatgut für magere Flachland-Mähwiesen, Ursprungsgebiet 16 (Unterbayerische Hügel- und Plattenregion) zu begrünen.  
Pflege gemäß textlicher Festsetzung III 0.2.1.

13.2.3 Begrünung der Anlagenflächen

Die Anlagenflächen innerhalb des Sicherheitszaunes sind zwischen und unter den Photovoltaikmodulen als mäßig extensiv genutztes, artenreiches Grünland (FFH-Lebensraumtyp 5510) zu entwickeln.  
Die Flächen sind mit autochthonem Saatgut für magere Flachland-Mähwiesen, Ursprungsgebiet 16 (Unterbayerische Hügel- und Plattenregion) zu begrünen. Pflege gemäß textlicher Festsetzung III 0.2.1.

**15. Sonstige Planzeichen**

15.13 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

15.16 Einfriedung Sicherheitszaun gem. textl. Festsetzung 0.1.1.

15.17 Photovoltaik-Modultisch:  
Unterkonstruktion Stahl mit Fundamenten aus Erdbübeln oder Rammfundamenten. Lage und Anordnung können sich im Zuge der technischen Planung geringfügig ändern.

15.18 Trafostation, geplant  
Lage und Anordnung können sich im Zuge der technischen Planung geringfügig ändern.

15.19 Maßangabe

15.20 Einfahrt / Tor in der Einfriedung

II. PLANLICHE HINWEISE

**16. Planzeichen der Flurkarten Bayern**  
(Nachrichtliche Übernahme der Digitalen Flurkarte Vermessungsverwaltung Bayern, Stand 10/2021)

16.1 Flurgrenze, Grenzpunkt

16.2 Flurstücksnummer

**17. Sonstige Planzeichen**

17.1 1,00 m - Höhenschichtlinien, DGM 1 (Datengrundlage: Bayer. Vermessungsverwaltung)

17.2 500 m - Förderkorridor (gem. EEG 2023), gemessen ab nächstgelegener Oberkante Gleisbett

17.3 Biotopfläche mit Identnummer (Datengrundlage: Bayerisches Landesamt für Umwelt)

17.4 Trinkwasserschutzgebiet Nr. 7540-0058-002 (Datengrundlage: Bayer. Vermessungsverwaltung)

III. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

**0.1. Einfriedigungen**

0.1.1 Sicherheitszaun (Planliche Festsetzung 15.16):  
Zulässig bis zu einer Höhe von max. 2,25 m über OK Ugelände mit Maschendrahtzaun. Es sind ausschließlich Erdbübel oder Rammfundamente zulässig. Zur Erhaltung der Durchgängigkeit für Kleintiere und Niederwild sind in regelmäßigen Abständen von ca. 30 m bodennahe Durchschlußöffnungen mit einer Größe von 20 cm x 30 cm vorzusehen.  
Der Sicherheitszaun ist so zu errichten, dass die Strauchpflanzungen außerhalb zu liegen kommen (vgl. Prinzipschnitt M 1: 100).

Wildschutzzaun:  
Zum Schutz vor Wildverbiss sind die Gehölzpflanzungen mit einem Wildschutzzaun einzufrieden, der bis zum Boden zu führen ist. Der Zaun ist mindestens 5 Jahre funktionsfähig zu erhalten und nach ausreichender Entwicklung der Pflanzungen zu entfernen. Notwendige Wildschutzzäune sind entlang der öffentlichen Entwicklung der Pflanzungen zu entfernen. Notwendige Wildschutzzäune sind entlang der öffentlichen

Feldwege mit einem Mindestabstand von 1,0 m zu den Grundstücksgrenzen zu errichten. Entlang landwirtschaftlicher Grundstücke ist ein Grenzabstand von mindestens 50 cm einzuhalten.

**0.2. Grünordnung**

0.2.1 Pflanzung und Pflege

Pflanzgebote für Gehölze und Sträucher:  
Die Bepflanzungen und Ansaaten sind in der auf die Fertigstellung der Anlage folgende Vegetationsperiode durchzuführen. Maßgeblich für die Fertigstellung ist das Datum der Inbetriebnahme der Anlage.

Pflege der Gehölze  
Sämtliche Gehölze sind dauerhaft in freiwachsender Form zu erhalten. Einkürzungen der Krone, insbesondere des Leittriebes sind unzulässig. Abgestorbene Gehölze sind artgleich zu ersetzen. Die Gehölzpflanzungen dürfen frühestens nach 15 Jahren in Abzelmung mit der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Landshut geprüft werden. Zulässig ist eine abschnittsweise Pflege, die maximal 25-30 % der Heckenlänge auf einmal umfassen darf.

Pflege der Wiesenflächen im gesamten Geltungsbereich:  
Die Wiesenflächen sind in den ersten 5 Jahren ca. 3-4 mal jährlich zu mähen (Aushagerung), danach ist eine zweimalige Mahd pro Jahr auszuführen:  
Schnittzeitpunkte:  
1. Schnitt: frühestens am 15.06.  
2. Schnitt: 01.09. - 30.09. (optimaler Schnitt 01.09.-15.09.)

Das Mähen ist mit insektenfreundlichen Mähwerken mittels Messerbalken (Balkenmäher) auszuführen. Die Schnitthöhe darf 10 cm nicht unterschreiten. Das Mähgut ist frühestens am darauffolgenden Tag von der Fläche zu entfernen. Mulchen ist nicht zulässig.  
Zulässig ist eine Beweidung der Wiesenflächen, die den extensiven Charakter erhält. Bei der Bewirtschaftung der PV-Flächen mittels Beweidung mit Schafen dürfen nicht mehr als ca. 1,0 Großvieheinheiten pro Hektar (GV / ha) auf die Fläche. Eine Dauerbeweidung (Standweide) ist nicht zulässig.

Dünge- oder Spritzmittel:  
Innerhalb des Geltungsbereichs ist der Einsatz von Düngemitteln und Spritzmitteln unzulässig.

Die Baufeldfreimachung vor Beginn des Baus der Anlage hat außerhalb der Vogelbrutzeit (01.03.-01.10. des Jahres) zu erfolgen.

0.2.2 Gehölzartenliste / Mindestpflanzqualitäten

Liste 1: Sträucher  
Mindestpflanzqualität: Strauch, 2 x verpfanz, Höhe 60-100 cm.  
Es ist autochthones Pflanzenmaterial zu verwenden.

Cornus sanguinea - Blut-Hartriegel  
Corylus avellana - Hasel  
Euonymus europaeus - Pfaffenhütchen  
Ligustrum vulgare - Gewöhnlicher Liguster  
Lonicera xylosteum - Gewöhnliche Heckenkirsche  
Prunus spinosa - Schlehe  
Rhamnus catharticus - Kreuzdorn  
Rhamnus frangula - Faulbaum  
Rosa spec. - Wildrosen  
Sambucus nigra - Schwarzer Holunder  
Viburnum opulus - Gew. Schneeball  
Viburnum lantana - Volliger Schneeball

**0.3. Nutzungsdauer / Befristung**

0.3.1 Die festgesetzte Art der baulichen und sonstigen Nutzung wird gem. § 9 Abs. 2 BauGB befristet bis zum Zeitpunkt des Eintretens einer dauerhaften Nutzungsaufgabe.

**0.4. Immissionsschutz**

0.4.1 Es ist darauf zu achten, dass die Standorte für die erforderliche Trafostationen und die Übergabestation so festgelegt werden, dass die in Anhang 2 der 26. BImSchV vorgegebenen Grenzwerte für elektrische Feldstärke und magnetische Flussdichte an den nächstgelegenen Immissionsorten nicht überschritten werden.

0.4.2 Eine Beleuchtung der Anlage ist unzulässig.

**0.5. Denkmalschutz**

0.5.1 Auffüllungen oder Abgrabungen sind für die Errichtung der Trafostation nur in einer Tiefe bis zu maximal 40 cm (ca. Pflugehtiefe) zulässig. Darüber hinaus sind Geländeveränderungen unzulässig.

0.5.2 Leitungsgräben  
Die Verlegung der Kabel für die Anbindung der Wechselrichter bzw. Unterverteilungen ist nur in einer Tiefe bis zu maximal 40 cm (ca. Pflugehtiefe) zulässig.

IV. TEXTLICHE HINWEISE

**1. Landwirtschaftliche Nutzung / Grenzabstände von Bepflanzungen**  
Aus angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen sind Emissionen und Verschmutzungen aus der Landwirtschaft (z.B. Staub) sowie Steinschläge entschädigungslos hinzunehmen. Eine Haftung der angrenzenden Landwirtschaft ist ausgeschlossen. Grundsätzlich ist eine ordnungsgemäße Landwirtschaft auf den der Photovoltaikanlage benachbarten Flächen von Seiten des Betreibers zu sichern.

Die Bepflanzungen haben die nach Art. 47 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (AGBG) erforderlichen Grenzabstände zu Nachbargrundstücken und die nach Art. 48 AGBG erforderlichen Grenzabstände zu landwirtschaftlichen Grundstücken einzuhalten.

**2. Belange der Wasserverschärfung**  
Bei anstehenden Aushubarbeiten sollte das Erdreich von einer fachkundigen Person organoleptisch beurteilt werden. Bei offensichtlichen Störungen oder anderen Verdachtsmomenten (Geruch, Optik, etc.) ist das Landratsamt Landshut bzw. das Wasserverschärfungsamt Landshut zu informieren.

**3. Denkmalschutz**  
Eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler unterliegen der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder an die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1 und 2 BayDSOG.

**4. Hinweise der Deutschen Bahn**  
Infrastrukturelle Belange:  
Künftige Aus- und Umbaumaßnahmen sowie notwendige Maßnahmen zur Instandhaltung und dem Unterhalt, in Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb, sind der Deutschen Bahn weiterhin zweifelsfrei und ohne Einschränkungen zu gewähren.

Photovoltaik- bzw. Solaranlagen sind blendfrei vom Bahnbetriebsgelände hin, zu gestalten. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung ausgeschlossen ist. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung herausstellen, so sind vom Bauherrn entsprechende Abschirmungen anzubringen.

Es ist jederzeit zu gewährleisten, dass durch Bau, Bestand und Betrieb der Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs (z.B. Sicht Einschränkungen der Triebfahrzeugführer durch z.B. Blendungen) entstehen können und dass die Lärmemissionen des Schienenverkehrs nicht durch Reflexionseffekte erhöht werden.

Die Deutsche Bahn AG sowie die auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen sind hinsichtlich Staubemissionen durch den Eisenbahnbetrieb (z.B. Bremsabrieb) sowie durch Instandhaltungsmaßnahmen (z.B. Schleifrückstände beim Schienenschleifen) von allen Forderungen freizustellen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus Schäden und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die auf den Bahnbetrieb zurückzuführen sind, keine Ansprüche gegenüber der DB AG sowie bei den auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen geltend gemacht werden können.

Die Zufahrtsmöglichkeiten zu den Bahnanlagen sind auch künftig zu erhalten und die uneingeschränkte Befahrbarkeit jederzeit zu gewährleisten.

Grundsätzlich dürfen Oberflächen- und sonstige Abwässer nicht auf oder über Bahngrund abgeleitet werden. Sie sind ordnungsgemäß in die öffentliche Kanalisation abzugeben. Einer Versickerung in Gleisanlagen kann nicht zugestimmt werden. Durch die Maßnahme darf dem Bahngelände kein zusätzliches Oberflächenwasser zugeführt werden.

Die Vorflutverhältnisse dürfen nicht zum Nachteil der Bahnanlagen verändert werden sowie die Bahnkörperentwässerungsanlagen (Durchlässe, Bahngaben, etc.) in ihrer Funktion keinesfalls beeinträchtigt werden.

Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Immissionen und Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Erschütterungen, Abgase, Funkenflug, Bremsstaub, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Immissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauwerbern auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen (Schallschutz) vorzusehen bzw. vorzunehmen.

Immobilienelemente der Anlage  
Bahneigener Grundbesitz innerhalb des Geltungsbereichs der Bauleitplanung ist nicht vorhanden.  
Werden Kreuzungen von Bahnstrecken mit Wasser-, Gas- und Stromleitungen sowie Kanälen und Durchlässen usw. erforderlich, so sind hierfür entsprechende Kreuzungs- bzw. Gestaltungsanträge bei der DB Immobilien, Liegenschaftsmanagement, zu stellen.

Hinweise für Bauten nahe der Bahn:  
Bei Bauarbeiten in Bahnnahe sind Sicherheitsauflagen aus dem Eisenbahnbetrieb zu beachten. Die Einholung und Einhaltung dieser Sicherheitsauflagen obliegen dem Bauherrn im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht. Zur Abstimmung der Sicherung gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb sind die Bauantragsunterlagen (Eingangsstelle DB Immobilien) vorzulegen.

**5. Hinweise zum Brandschutz**  
Zugänge und Zufahrten auf dem Grundstück:  
Sofern die bauliche Anlage mehr als 50 m von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt liegt, sollte eine Feuerwehrzufahrt vorgesehen werden. Bei großen Anlagen können Feuerwehrzufahrten auf dem Gelände selbst erforderlich werden. Hinsichtlich der Beschaffenheit ist die Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr entsprechend den Bayer. Technischen Baubestimmungen (BayTB) (u.a. Gesamtmasse max. 16 Tonnen; Achslast max. 10 Tonnen) dabei einzuhalten.

Löschwasserversorgung:  
Der Nachweis einer ausreichenden Löschwasserversorgung in Anlehnung an das DVGW Arbeitsblatt W 405 ist erforderlich. Hier sollte im Erstzugriff im Zuge der Alarmierungsplanung mindestens ein Löschgruppenfahrzeug mit einem Wassertank vorgesehen werden. Ggf. können zusätzliche Fahrzeuge mit Sonderlöschnitteln oder Sondergeräten erforderlich sein. In diesem Zusammenhang sind die Verhaltensregeln bei Bränden an elektrischen Anlagen (Strahlrohrabstände, Sicherheitsregeln, vgl. auch VDE 0132) einzuhalten.

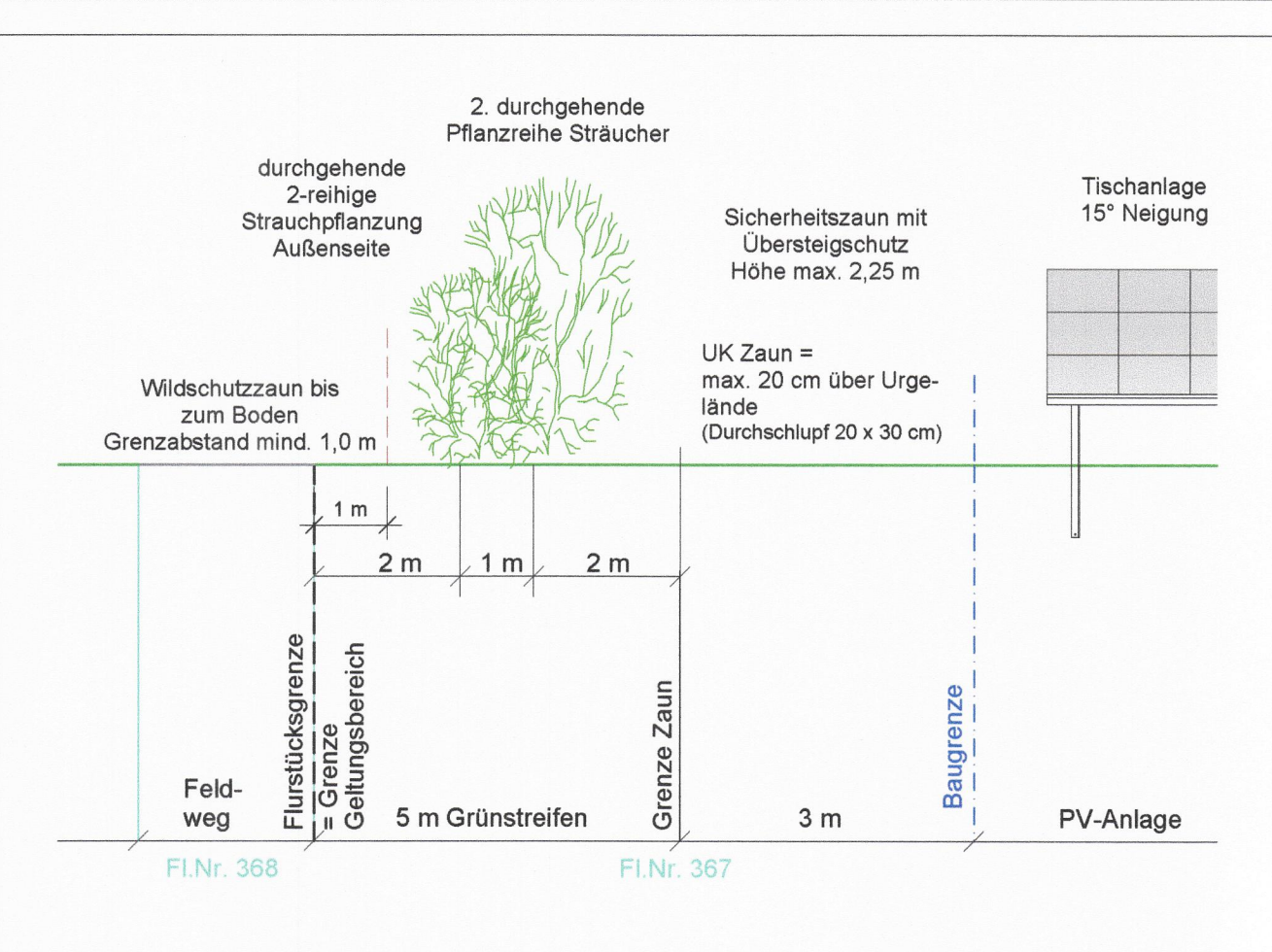
Ansprechpartner:  
Um einen Ansprechpartner im Schadensfall erreichen zu können, sollte am Zufahrtort deutlich und dauerhaft die Erreichbarkeit eines Verantwortlichen für die bauliche Anlage angegeben sein und der örtlichen Feuerwehr mitgeteilt werden. Adresse und Erreichbarkeit des zuständigen Energieversorgungsunternehmens sollte bei der Alarmierungsplanung hinterlegt werden.

Organisatorische Maßnahmen:  
Bei Photovoltaikanlagen im Freigelände handelt es sich i.d.R. immer um größere (flächige) bauliche Anlagen. Wegen der Besonderheiten dieser Anlagen sollte ein Feuerwehrplan nach DIN 14 095 hierfür vom Betreiber in Absprache mit der zuständigen Feuerwehr erstellt und der örtlichen Feuerwehr zur Verfügung gestellt werden. In den Plänen sollte die Leitungsführung bis zum zu den Wechselrichter/-n und von dort bis zum Übergabepunkt des Energieversorgungsunternehmens erkennbar sein. Hinsichtlich einer eventuellen Objektplanung (Alarmplanung) sollte eine eindeutige Alarmadresse von der Gemeinde zugeordnet werden (möglichst unter Angabe der Adresse einer Telefonnummer und der genauen Beschreibung der Zuweisung). Ggf. kann man für die gewaltlose Zugänglichkeit in Absprache mit der örtlichen Feuerwehr noch ein Feuerwehr-Schlüsseldepot Typ 1 (nicht VDS-aneckant) am Zufahrtort vorsehen.

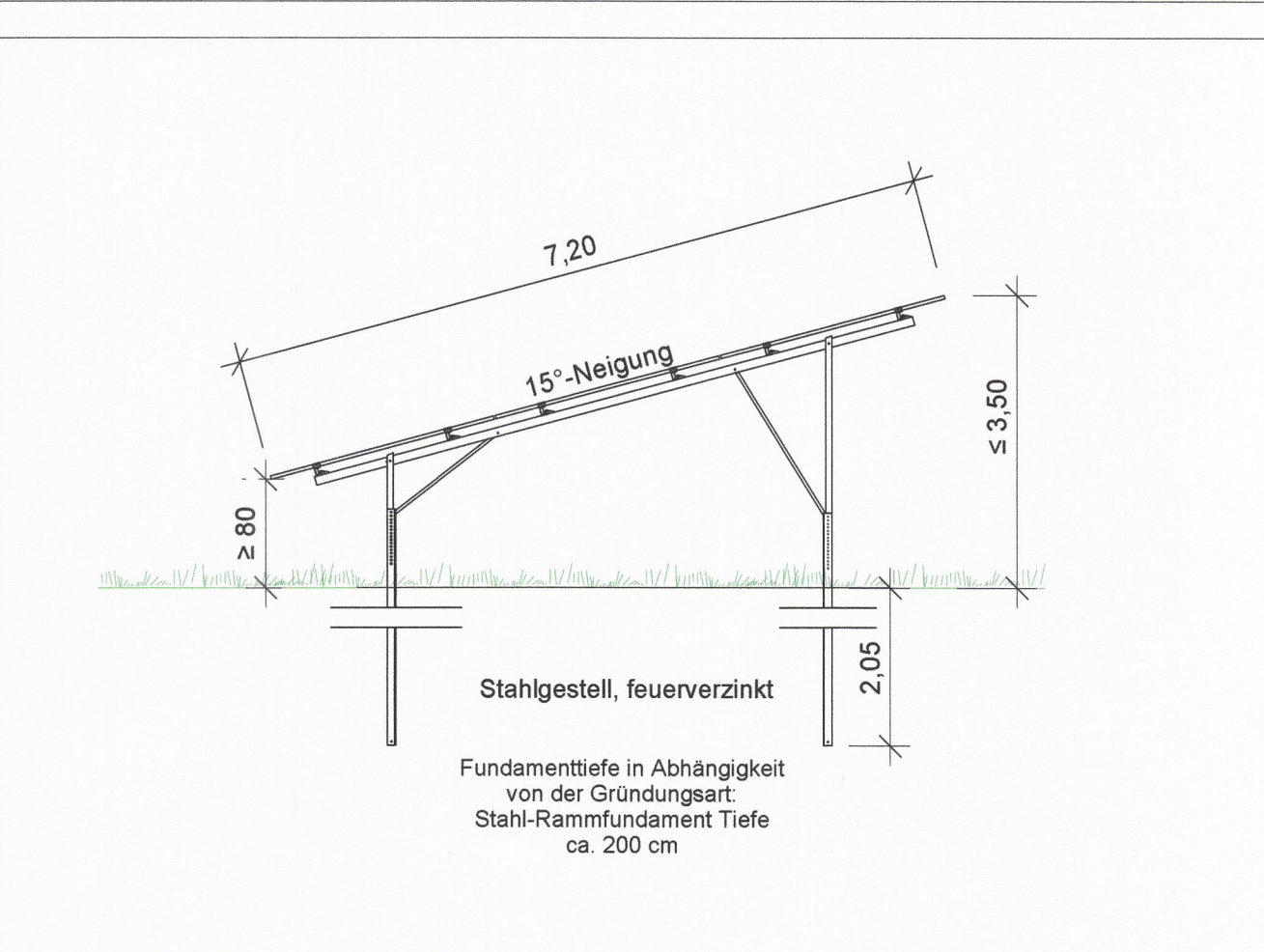
Vermeidung von Vegetationsbränden:  
Der Bewuchs innerhalb der umzäunten Flächen sollte so gehalten werden, dass eine Ausbreitung von Vegetationsbränden erschwert wird.

**6. Anregungen zur Pflege und Gestaltung von Grünflächen**  
Es wird empfohlen, soweit aufgrund des Anlagencharakters möglich, ein differenziertes Mahkonzept (Belaubung von ca. einem Drittel un bearbeiteter Fläche bei jeder Mahd, auch über den Winter; Mahd in Streifen, nicht in Vollfläche) umzusetzen. Hierzu wird auf die Broschüre "Landshuter Leitfaden", die vom Landesbund für Vogelschutz Landshut herausgebracht wurde und qualifizierte Pflegehinweise gibt, verwiesen (https://landshut.lbv.de/projekte/landshuter-leitfaden/).  
Weiterhin wird empfohlen an geeigneten Stellen innerhalb des Plangebietes, Totholz- und Steinhäufen zu errichten, da diese zusätzliche Strukturen sich förderlich auf die Tierwelt auswirken und Unterschlupf und Lebensraum für zahlreiche Tierarten wie Mäuse, Insekten, Amphibien, Reptilien usw. bieten.

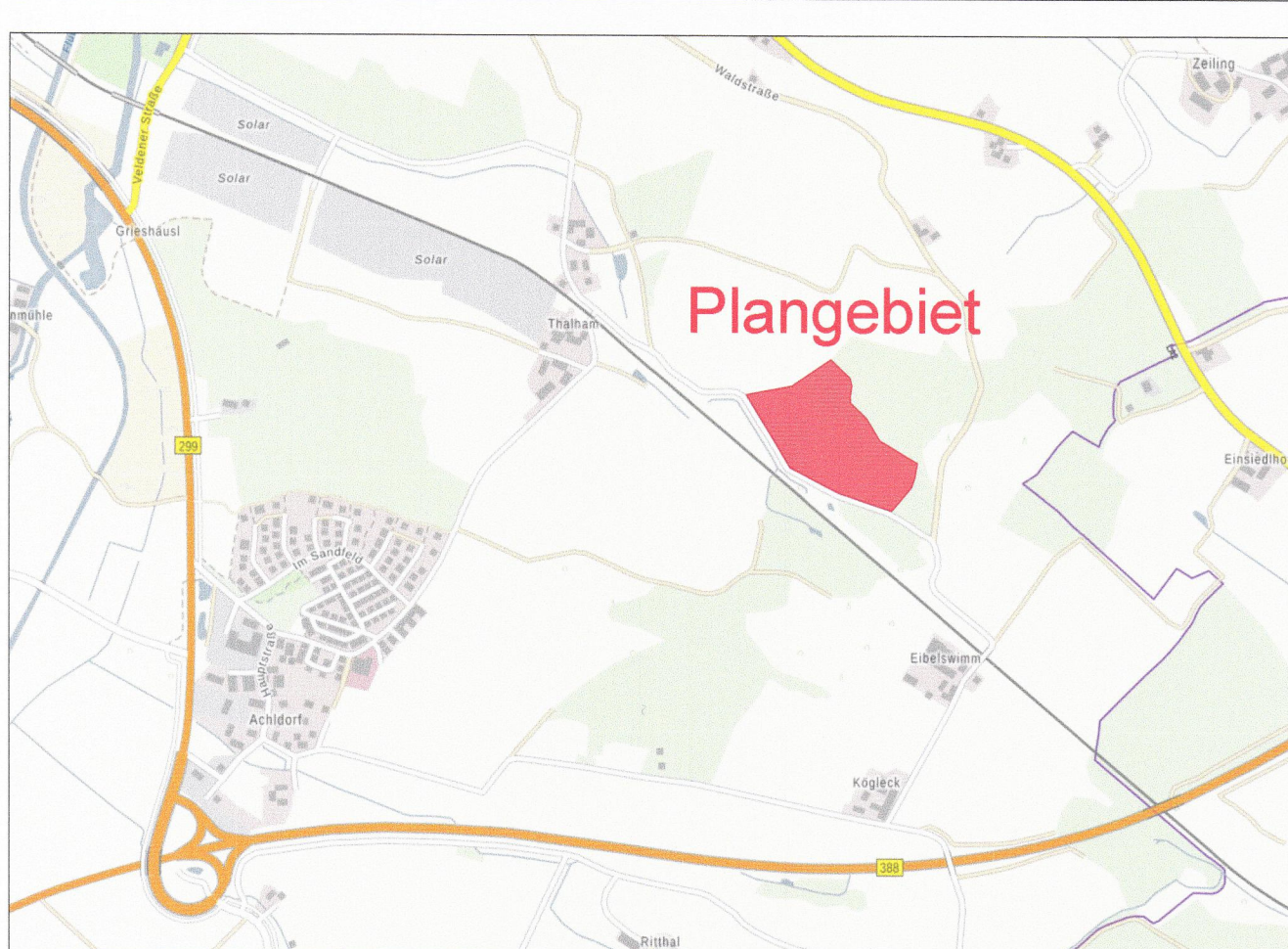
PRINZIPTSCHNITT M 1:100



PRINZIPTSCHNITT TISCHANLAGE M 1:75



ÜBERSICHTSLAGEPLAN



VERFAHRENSVERMERK

1. Aufstellungsbeschluss  
Die Stadt Vilsbiburg hat in der öffentlichen Sitzung vom 19.10.2021 gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans "SO Photovoltaik V Thalham" beschlossen.  
Der Aufstellungsbeschluss wurde am 21.11.2022 ortsüblich bekannt gemacht.

2. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit  
Die Stadt Vilsbiburg hat die Beteiligung der Behörden und der voraussichtlichen Auswirkungen des Vorwurfs zum Bebauungs- und Grünordnungsplan in der Fassung vom 20.10.2022 gem. § 3 Abs. 1 BauGB unterrichtet und ihnen in der Zeit vom 28.11.2022 bis einschließlich 30.12.2022 Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

3. Frühzeitige Behördenbeteiligung  
Die Stadt Vilsbiburg hat am 23.05.2023 den Entwurf sowie die Begründung des Bebauungsplanes in der Fassung vom 23.05.2023 gebilligt und die Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

5. Öffentliche Auslegung / Behörden- und Trägerbeteiligung  
Der Entwurf des Bebauungs- und Grünordnungsplans in der Fassung vom 23.05.2023 wurde mit Begründung, Umweltbericht und umweltbezogenen Informationen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 13.06.2023 bis einschließlich 13.07.2023 zur Einsicht öffentlich ausgestellt. Ort und Zeit der Auslegung wurden am 05.06.2023 ortsüblich bekannt gemacht. Gleichzeitig wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

6. Sitzung  
Die Stadt Vilsbiburg hat mit Beschluss vom 18.09.2023 den Bebauungs- und Grünordnungsplan mit Begründung in der Fassung vom 18.09.2023 nach Prüfung der Bedenken und Anregungen zum Verfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB als Sitzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB und Art. 81 BayBO beschlossen.

6. Ausgefertigt  
Vilsbiburg, den 20.11.2023

6. Ausgefertigt  
Vilsbiburg, den 20.11.2023

7. Inkrafttreten  
Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan wurde am 20.11.2023 gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.  
Der Bebauungsplan mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Stadtverwaltung zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben.  
Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 S. 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wurde in der Bekanntmachung hingewiesen.

Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.  
Vilsbiburg, den 22.11.2023

Bebauungs- und Grünordnungsplan - M 1 : 1.000



**mks**  
Architekten – Ingenieure GmbH

mks Architekten-Ingenieure GmbH  
Mühlenweg 8  
94347 Ascho  
T 09961 9421 0  
F 09961 9421 29  
ascho@mks-ai.de  
www.mks-ai.de

BEBAUUNGS- UND GRÜNORDNUNGSPLAN  
"SONDERGEBIET PHOTOVOLTAIK V Thalham"

PLANART <b>SATZUNG</b>	PLANNUMMER <b>B 1.0</b>
BAUORT   PROJEKT <b>Stadt Vilsbiburg</b> Bebauungs- und Grünordnungsplan "Sondergebiet Photovoltaik V Thalham"	PROJEKTNUMMER <b>2021-099</b>
VERFAHRENSTRÄGER <b>Stadt Vilsbiburg</b> Stadtplatz 26 84137 Vilsbiburg	BAUABSCHNITT <b>Niederbayern</b>
DARSTELLUNG <b>Bebauungs- und Grünordnungsplan</b> mit Festsetzungen / Verfahrenshinweise	MAßSTAB <b>1:1.000</b>
BEARBEITET <b>gs</b>	PLANGRÖßE <b>113,5 x 84,1 cm</b>
GEZEICHNET <b>gs</b>	UNTERSCHRIFT <b>Schlessl</b>
DATUM <b>18.09.2023</b>	